



## Auf ein Wort

Liebe Leserinnen, liebe Leser, fast drei Monate hatten sich Union und SPD mit den Koalitionsverhandlungen Zeit gelassen und die Arbeitsaufnahme des Bundestages verhindert. Nun endlich kann es um Inhalte gehen. Und da kommt einiges auf uns zu! Die SPD ließ sich im Koalitionsvertrag mit halb-garen Vorhaben abpeisen – etwa bei Rente und Regulierung von Arbeit. Wichtige Wahlkampf-Themen wie Steuergerechtigkeit und Bürgerversicherung fielen gänzlich weg. Und was bisher von der Bundesregierung zu sehen war beim Überwachungsskandal oder der EU-Krisenpolitik, gab ein trauriges Bild ab. Wir brauchen dringend ein mutiges Eintreten für soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Privatsphäre und müssen weg von gnadenlosen Kürzungsprogrammen in Südeuropa hin zu nachhaltigen Investitionen. Die LINKE als größte Oppositionsfraktion wird die Unzulänglichkeiten schwarz-roter Politik weiter anprangern und machbare Alternativen aufzeigen.

Euer

## SCHWERPUNKT Wir wollen Europa sozialer machen

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai fällt in eine Zeit, in der Europa vor dem Scheideweg steht: Allein seit 2007 hat die Erwerbslosigkeit um dramatische 70 Prozent auf jetzt 30 Millionen Menschen zugenommen.

In Griechenland und Spanien sind weit über die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit. Löhne und Renten wurden gekürzt, Sozialleistungen gestrichen und öffentliches Eigentum privatisiert. Das ist das Ergebnis der Politik der sogenannten Troika und insbesondere der Bundesregierung.

Eine Kehrtwende in der aktuellen Europapolitik ist von der Großen Koalition nicht zu erwarten. Von den ambitionierten Wahlkampfzielen der SPD, Europa aus der Kürzungsfalle herauszuholen und für eine restriktive Bankenregulierung zu sorgen, ist im Koalitionsvertrag nichts mehr zu finden. Tatsächlich gibt es unter Schwarz-Rot ein einfaches Weiter-so des Kurses von Schwarz-Gelb. Wenn nicht endlich das Ruder herumgerissen wird, dann wird auch Deutschland mit in den Krisenstrudel gerissen. Denn solange die Mitgliedsstaaten der EU darum konkurrieren, wer mit den niedrigsten Löhnen, Renten, Steuern und Sozialleistungen das meiste Kapital anlockt, wird es aus der Abwärtsspirale, in der sich Südeuropa seit nunmehr sechs Jahren be-



findet, kein Entrinnen geben. Die Europawahl wird deshalb eine Abstimmung über die Krisenpolitik von Kanzlerin Merkel sein.

DIE LINKE will ein soziales Europa, das ist unsere Vision. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Menschen, an der Europawahl beteiligen und für eine soziale Alternative stimmen. Wenn auf dem reichsten Kontinent der Erde ein Viertel der Menschen in Armut lebt, dann kann es für die Politik nur eine Priorität geben: Vorfahrt für soziale Sicherheit, Vorfahrt für gerechte Löhne und Renten, Schluss mit der Politik der Bankenrettung auf Kosten der Mehrheit.

Dafür schlagen wir ein europäisches Regelwerk vor. Im Mittelpunkt muss ein europäischer

Sozialpakt stehen, der europaweite Mindeststandards für Löhne, Renten, Steuern und Sozialleistungen umfasst. Dazu gehören europaweit geltende gesetzliche Mindestlöhne, eine umfassende Jugendgarantie, die das Recht auf Ausbildung und Übernahme beinhaltet. Außerdem wollen wir das Steuerdumping innerhalb von Europa durch Mindeststeuersätze für Unternehmen eindämmen und eine einmalige europaweite Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro, um dringend erforderliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur finanzieren zu können. ◀

CSU-HETZE GEGEN  
MIGRANT/INNEN  
WAHLKREISBÜRO  
IN COBURG

### Mindestlohn wieder auf die lange Bank geschoben

Eine zeitnahe Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen können. Der Mindestlohn wird auf die lange Bank geschoben. Vor 2015 wird nichts passieren. Auch in den darauffolgenden zwei Jahren kann per Tarifvertrag nach unten abgewichen werden. Verkehrte Welt: Ohne Tarifvertrag erhält man in diesem Zeitraum unter Umständen mehr Lohn als mit Tarifvertrag. Die Schiebelepolitik der Union, die von der SPD abegesegnet wurde, wird sich fatal auswirken: Zwar würde derzeit ein Mindestlohn von 8,50 Euro bei einer Vollzeitarbeit einem Alleinstehenden die Existenz sichern. Dies wird in zwei oder drei Jahren nicht mehr der Fall sein. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro, der frühestens zum 1. Januar 2018 erhöht werden soll, wird aufgrund der Preissteigerung dann nur noch 7,85 Euro wert sein. Wenn aber Beschäftigte trotz Mindestlohn Aufstocker bleiben müssen, hat dieser seinen Zweck verfehlt. Im Übrigen wäre schon heute ein Lohn von gut 10 Euro nötig, um im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Auch die beiden Gewerkschaften NGG und ver.di machten vor kurzem deutlich, dass der gesetzliche Mindestlohn möglichst schnell auf 10 Euro steigen müsse. Sie vertreten Branchen, die ganz besonders von Niedriglöhnen betroffen sind. Dafür wird sich auch DIE LINKE mit aller Kraft stark machen.

## BUNDESTAG Mehr Verantwortung für die LINKE

**Die LINKE ist mit 64 von 631 Abgeordneten im neuen Bundestag vertreten und damit drittstärkste Kraft im Parlament. Außerdem sind wir stärkste Oppositionsfraktion gegen eine übergroße schwarz-rote Koalition. Damit haben wir einige Verantwortung.**

Mit weniger Abgeordneten als in der letzten Wahlperiode müssen wir schnell und präzise auf alle Maßnahmen der Bundesregierung reagieren und politische Alternativen Richtung sozial-ökologischen Umbau, Frieden und mehr Demokratie

aufzeigen. Während die Große Koalition versuchen wird, schwierige Themen möglichst auszusitzen, ist unsere Agenda klar. Wir kämpfen für einen flächendeckenden Mindestlohn ohne Ausnahmen und gute Arbeit, für mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur, für eine wirkliche Energiewende, einen besseren Schutz der Bürgerrechte, mehr Steuergerechtigkeit und für eine faire EU-Krisenpolitik.

Doch zunächst müssen wir weiter für unsere Oppositionsrechte kämpfen, weil die Opposition nur 20 Prozent ausmacht. Einige Rechte will uns die Koali-

tion zugestehen, so z.B. das Recht auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen oder einer öffentlichen Anhörungen, was normalerweise ein Quorum von 25 Prozent voraussetzt.

Doch unsere Oppositionsrechte nur in der Geschäftsordnung regeln zu wollen, reicht nicht aus: die erweiterten Minderheitsrechte für diese Legislatur müssen auch gesetzlich festgeschrieben werden, sonst sind wir vom guten Willen der Koalition abhängig. Zudem müssen erweiterte Redezeiten sowie das Anrecht auf eine Normenkontrollklage her! ◀

## WIRTSCHAFT Transatlantisches Freihandelsabkommen - Nicht mit uns!

**Derzeit verhandeln EU und USA im Geheimen ein Freihandelsabkommen der Superlative - das TTIP.**

Das Verhandlungsmandat verrät: Hier geht es ausschließlich um Konzerninteressen; Demokratie und mühsam erkämpfte Rechte zum Wohle der Bevölkerung fallen hinten runter. So soll die öffentliche Vergabe von Aufträgen einschließlich der Daseinsvorsorge bis zur lokalen Ebene geöffnet sowie sämtliche Normen und Standards angeglichen werden. Doch eine Angleichung der Standards bedeutet im Sprachgebrauch der EU-Bürokratie immer eine Anpassung nach unten. Am Ende hätten wir gegen unseren Willen Gentech-Produkte und Hormonfleisch auf unseren

Tellern. Auch der Einsatz der grundwasserverseuchenden Risikotechnologie Fracking oder die weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse würden durch das TTIP ermöglicht. Weiterhin nicht akzeptabel ist die Aufnahme eines Investitionsschutzkapitels, das für Investoren eine Sondergerichtsbarkeit vorsieht. Damit könnten diese gegen jede Gesetzgebung eines Staates, die die eigene Rendite schmälert, milliardenschwere Schadensersatzklagen anstrengen.

Es ist Zeit, dass sich noch mehr Widerstand regt! Denn ein ähnliches Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) wurde bereits, ohne dass die Öffentlichkeit davon wirklich Notiz genommen hat, ausgehandelt. Sollte es demnächst ratifiziert werden, dann werden US-Konzerne mit kanadischen Tochterfirmen auch ohne TTIP zu laxen Vorgaben auf den europäischen Markt drängen. Die LINKE lehnt beide Abkommen entschieden ab! ◀



Klaus Ernst  
*aktuell*

## BAYERN CSU-Stimmungsmache gegen Armutsmigranten

**Die CSU startete mit der Stammtischparole „Wer betrügt, der fliegt“ ins neue Jahr. Damit meint sie Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, die als freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger nach Deutschland kommen, um es sich angeblich mit Sozialleistungen bequem zu machen.**

Doch die Zahlen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag widerlegen die Unterstellungen: Nur ein geringer Teil der neu Zugewanderten ist auf Sozialleistungen angewiesen.

Auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) hält in einem Bericht zum Thema fest: „Die Zahlen zur Beschäftigung und zum Leistungsbezug rechtfertigen es gegenwärtig nicht, die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien pauschal als „Armutszuwanderung“ zu qualifizieren.“ Die CSU betreibt also reine Stimmungsmache, um angesichts der kommenden Kommunal- und Europawahlen ihre Wählerklientel nicht an die AfD zu verlieren.

Zu Recht ergoss sich im Internet Spott über die

CSU-Parole „Wer betrügt, der fliegt“. Anknüpfungspunkte gibt es jede Menge: Etwa Max Streibl, der von 1988 bis 1993 bayrischer Ministerpräsident war und durch zahlreiche Fauxpas und Affären Schlagzeilen machte. Oder die CSU-Landtagsabgeordneten, die ihre Verwandten bei sich beschäftigten – aber keine Rückzahlungsforderungen der Parlamentsverwaltung fürchten müssen, weil es dafür keine Rechtsgrundlage gebe. Und nicht zuletzt Karl Theodor zu Guttenberg, der nicht in der Lage war, eine ordentliche Doktorarbeit zu Papier zu bringen. ◀

## LINKE kritisiert Behinderung vor der Kommunalwahl

Wenn in Bayern am 16. März die Kommunalparlamente gewählt werden, werden auf den Listen nicht überall Kandidatinnen und Kandidaten der Linken zu finden sein. Denn Parteien, die noch nicht in den Gemeinden, oder Kreistagen vertreten sind, müssen vorher Unterstützungsschriften sammeln. Die Hürden hierfür sind in Bayern besonders hoch: So müssen die Unterschriften persönlich unter Vorlage des Ausweises im Rathaus abgegeben werden. Erschwerend kommt hinzu, dass vor vielen Rathäusern nicht mehr für die Unterschriften durch eine Art „Bannmeile“ geworben werden darf. Davon konnte ich mich am 24. Januar in Weiden selbst überzeugen. Statt vor dem Rathaus für die Unterschriften werben zu dürfen, mussten wir in eine Seitenstraße ausweichen.

Gleichzeitig hat sich der Landesverband an den Präsidenten des Deutschen Städtetags, den Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly gewandt und ihn aufgefordert, sich bei der bayrischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass „die restriktiven Maßnahmen für einen Antritt bei den Kommunalwahlen aufgebrochen werden“. Denn „die bewusst geschaffenen Schwierigkeiten tragen weiter zu Politikverdrossenheit bei. Dies widerspricht grundlegend dem Gedanken nach einer lebendigen Demokratie, die auch und insbesondere in den Kommunen wichtig ist.“ Trotz allem, bin ich zuversichtlich, dass es uns in vielen Kommunen und Kreisen gelingen wird, die nötigen Unterschriften zusammen zu bekommen. Notfalls werden wir gegen die restriktiven Zulassungsvoraussetzungen bei Kommunalwahlen klagen.

## VOR ORT Neues Wahlkreisbüro in Coburg

**Rechtzeitig zum Start des Kommunalwahlkampfes in Bayern übernimmt Klaus Ernst das Wahlkreisbüro in Coburg, das bisher von Harald Weinberg genutzt wurde.**

Gemeinsam mit dem Kreisverband DIE LINKE Coburg möchte er ein kleines Zentrum für politische Kommunikation und Information schaffen. Dort sollen Bundes- und Kommunalpolitik, soziale Beratung, Gewerkschaftsarbeit und politische Aktionen zu Hause sein.

Die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes

freuen sich auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Klaus Ernst. Damit verstärkt sich die Präsenz der Linksfraktion in der fränkischen Region weiter. Der Kreisverband Coburg ist mit 120 Mitgliedern der drittgrößte KV in Bayern. Seit Ende 2010 existiert eine Linksjugend [solid] Gruppe, seit Januar 2012 eine SDS Hochschulgruppe an der FH Coburg. Es besteht eine intensive Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden Oberfrankens, dem Kreisverband Schweinfurt und Kreisverbänden aus Thüringen und Sachsen.



**Die Leitung des Wahlkreisbüros von Klaus Ernst übernimmt René Hähnlein.**

**Das Wahlkreisbüro Klaus Ernst ist zu folgenden Zeiten geöffnet:**

|                       |                   |
|-----------------------|-------------------|
| <b>Mo, Di, Mi, Fr</b> | <b>Do</b>         |
| 10:00 - 13:00 Uhr     | 10:00 - 13:00 Uhr |
| 15:00 - 18:00 Uhr     | 17:00 - 20:00 Uhr |

**Die Postanschrift lautet:**

Wahlkreisbüro Klaus Ernst  
Heiligkreuzstraße 35  
96450 Coburg  
Telefon: 09561 / 7959203



## Klaus Ernst vor Ort:

**5. März**

**Schweinfurt, ab 18 Uhr**

Klaus Ernst und Frank Firsching (OB-Kandidat) laden ein zum Politischen Aschermittwoch in die Sportgaststätte TV Oberndorf/Schweinfurt. Mit dabei auch Sinan Öztürk und der DGB-Songgruppe.

**7. März**

**Berlin, ab 17 Uhr**

Diskussionsveranstaltung zu „Zehn Jahre WASG“ mit Joachim Bischoff, Christine Buchholz, Klaus Ernst, Cornelia Hildebrandt, Heinz Hillebrand, Ralf Krämer, Sabine Lösing, Irina Neszeri, Bernd Rixinger, Tom Strohschneider, Axel Troost und Katja Zimmermann. Ort ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz.

**11. März**

**Schweinfurt, ab 19 Uhr**

„Heißer Stuhl“ des DGB mit OB Sebastian Remelé (CSU) und seinen Herausforderern Frank Firsching (Die Linke) und Stephan

Kurserau (SPD) im Naturfreundehaus

**13. März**

**Schweinfurt, 18 Uhr**

Abschluss des Kommunalwahlkampfes mit Oskar Lafontaine, Sahra Wagenknecht und Klaus Ernst und DIE LINKE Schweinfurt im Naturfreundehaus.

**16. März**

**Schweinfurt, ab 18 Uhr**

Klaus Ernst und der KV DIE LINKE Schweinfurt laden herzlich zur Kommunal-Wahlparty in die Alevitische Gemeinde ein.

**29. März**

**Burglauer, ab 10.30 Uhr**

Mit der Fastenzeit steht in Burglauer das traditionelle Politiker-Derblägg an. Beim 8. Starkbieranstich wird Fastenprediger Fredi Breunig in der Kutte von Bruder Elisäus den Politikern wieder einmal humorvoll aber nicht minder scharfsinnig und bissig den Spiegel vorhalten.

## NEUES IM INTERNET

### Presse, Reden, Parlamentarisches

In einer **Pressemitteilung** kommentiert Klaus Ernst das Ergebnis eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, dass Ausnahmeregelungen beim geplanten Mindestlohn gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes verstoßen.

Klaus Ernst kritisiert in einer **Plenardebatte** die unzureichenden Schritte der Großen Koalition bei der Regulierung von Arbeit.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine **Kleine Anfrage** der Linksfraktion geht hervor, dass das Freihandelsabkommen mit Kanada ein Investitionsschutzkapitel enthält, dessen Ausgestaltung Präjudizwirkung für künftige Abkommen haben wird.

Zwei von Klaus Ernst in Auftrag gegebene **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes** des Bundestags zeigen: Snowden kann nicht nur als **Zeuge** geladen werden, sondern theoretisch sogar eine **Aufenthaltsgenehmigung** in Deutschland bekommen.

In einer Kleinen Anfrage erkundigt sich die Linksfraktion, ob die Genehmigungen für **Drohnenflüge** zwischen den US-Basen in Grafenwöhr und Hohenfels verlängert werden.

Die FAZ gibt die Ansicht von Klaus Ernst wieder, dass die Regierung verpflichtet sei, bei einer Erhöhung des **Kinderfreibetrages** auch das Kindergeld aufzustocken.

Ein Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes schlägt ein **Bekämpfung des Steuertourismus** und zur Steigerung der Steuerehrlichkeit vor.

In einem **Flyer** fordert die Linksfraktion im Bundestag einen Stopp der Verhandlungen zwischen EU und USA zur Errichtung einer Freihandelszone.

In einer **Pressemitteilung** fordert Klaus Ernst ein kräftiges Lohnplus, um die Binnennachfrage zu stärken und vom schädlichen deutschen Exportwahn wegzukommen.

#### Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

#### Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de  
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de  
Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst@wk2.bundestag.de

Internet [www.Klaus-Ernst-MdB.de](http://www.Klaus-Ernst-MdB.de)

Facebook [www.facebook.com/mdb.klaus.ernst](https://www.facebook.com/mdb.klaus.ernst)

Twitter [www.twitter.com/ernst\\_klaus](https://www.twitter.com/ernst_klaus)

**Klaus Ernst** als erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.



NEU:

Die Homepage von Klaus Ernst optimiert für mobiles Surfen. Einfach den QR-Code scannen und unterwegs immer informiert sein.